



Einreichung alternativer Informationen zur deutschen Klima- und Geschlechtergerechtigkeitspolitik

von GenderCC – Women for Climate Justice und
Women Engage for a Common Future (WECF)

zu der 85. Sitzung des CEDAW-Ausschusses zur Prüfung des Neunten
Periodischen Staatenberichts der Bundesrepublik Deutschland zum
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
(CEDAW)

Berlin/München, 06. April 2023

Autorinnen:

Dr. Birte Rodenberg, GenderCC (info@birte-rodenberg.de) und Dr. Anke Stock, WECF
(anke.stock@wecf.org)

Beiträge von: Dr. Birte Rodenberg, Dr. Anke Stock, Gina Cortez, Gotelind Alber, Liane Schalatek

Gender CC e.V.

Anklamer Str. 38 10115
Berlin, Deutschland
+49.30.21980088
info@birte-rodenberg.de
www.gendercc.net

WECF e.V.

Sankt-Jakobs-Platz 10
80331 München,
Deutschland
+49.89.23239380
anke.stock@wecf.org

Einführung

- Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Auswirkungen des Klimawandels nicht geschlechtsneutral sind. Frauen und Mädchenⁱ gehören zu denjenigen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. Wie der sechste IPCC-Bericht eindeutig feststellt, sind Frauen und BIPOC (Black, Indigenous and People of Colour) weltweit am stärksten von den drastischen Auswirkungen der globalen Erwärmung betroffen.ⁱⁱ Dieses hohe Maß an Anfälligkeit ist nicht nur auf die Zerstörung von Ökosystemen zurückzuführen, sondern auch auf sozioökonomische Ungleichheiten und Diskriminierung. Darüber hinaus können die Reaktionen auf den Klimawandel negative Konsequenzen für die Gleichstellung der Geschlechter haben, was die Politik berücksichtigen sollte.
- WECF und GenderCC sind zwei internationale gemeinnützige und nichtstaatliche Netzwerke, die sich für einen geschlechtergerechten und gesunden Planeten für alle einsetzen und sich weltweit für Geschlechtergleichstellung, Frauenrechte und Klimagerechtigkeit engagieren. Unsere internationalen Netzwerke und Mitgliedsbündnisse bestehen aus über 300 Frauen-, Gender- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in über 70 Ländern. Wir und unsere Verbündeten sind zutiefst davon überzeugt, dass die Herausforderungen des Klimawandels und der Geschlechtergerechtigkeit miteinander verbunden sind. Eine nachhaltige Zukunft erfordert die Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern *und* der gesellschaftlichen Strukturen. Dies bedeutet mehr als nur technische Änderungen zur Emissionsreduzierung, vielmehr müssen die nicht nachhaltigen Lebensstile und die derzeitige Praxis des unbegrenzten Wirtschaftswachstums durch Bewusstseinsbildung und umfassende Anpassungen grundlegend verändert werden.ⁱⁱⁱ
- Als aktive Mitglieder der Women's and Gender Constituency Group bei der UNFCCC engagieren wir uns für das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens und setzen uns für die Gewährleistung der Menschenrechte von Frauen als Voraussetzung für wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung ein.^{iv}

1. Ehrgeiz

- Die Auswirkungen des Klimawandels sind eine der größten Bedrohungen für die unter CEDAW geschützten Menschenrechte von Frauen und BIPOC (siehe General Rec. Nr. 37). Deutschland ist Vertragsstaat des Pariser UNFCCC-Abkommens und hat sich mit den Nationally Determined Contributions (NDCs), den Nationalen Energie- und Klimaplänen (NECP) und dem Klimaschutzgesetz Ziele gesetzt, die Emissionen im Inland bis 2030 um 65 % unter das Niveau von 1990 zu senken. Laut Climate Action Tracker "müsste Deutschland seine Emissionen im Inland um mindestens 69% reduzieren und deutlich mehr Klimafinanzierung für andere Länder bereitstellen, um das 1,5°C-Limit des Pariser Abkommens einzuhalten." Der Climate Action Tracker bewertet Deutschlands aktuelle Politik und Ziele insgesamt als "unzureichend".^v
- Artikel 20a des Grundgesetzes verpflichtet den Staat zum Schutz des Klimas. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Klimaschutzgesetz die Fürsorgepflicht des Staates insbesondere gegenüber der jungen Generation bekräftigt.^{vi} Die jüngst veröffentlichten Ergebnisse des Koalitionsausschusses^{vii} lassen jedoch

befürchten, dass diese staatliche Fürsorgepflicht in Zukunft zunehmend vernachlässigt und das ohnehin unzureichende Klimaschutzgesetz erheblich aufgeweicht werden wird.

GenderCC und WECF appellieren an den Ausschuss, die deutsche Regierung zu Folgendem nachdrücklich aufzufordern:

- Das Recht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt für Frauen und Männer und alle Menschen in ihrer Vielfalt zu gewährleisten, indem sichergestellt wird, dass finanzielle oder technische Projekte, die in Zusammenarbeit mit Partnerländern durchgeführt werden, auf dem Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung beruhen (Common But Differentiated Responsibilities).
- Ihre internationalen und nationalen Verpflichtungen einzuhalten und pünktlich umzusetzen sowie eine Fürsorgepflicht gegenüber Gruppen zu übernehmen, die in prekären Situationen leben, einschließlich Frauen in ihrer ganzen Vielfalt und BIPOC-Gemeinschaften.

2. **Politikkohärenz: Feministische Außenpolitik und feministische Entwicklungspolitik dürfen keine Silos bleiben**

(Leitfaden Nr. 4 zur geschlechtergerechten Klimapolitik^{viii})

- Gender CC und WECF begrüßen die neuen Leitlinien, sowohl zur feministischen Außenpolitik^{ix} als auch zur feministischen Entwicklungspolitik.^x Wir schätzen und würdigen die herausragenden Bemühungen dieser beiden Ministerien, einen progressiven, transformativen und intersektionalen Ansatz voranzutreiben, mit dem ehrgeizigen Ziel, die Ursachen von geschlechtsspezifischer Diskriminierung und Gewalt in zentralen internationalen Politikfeldern zu bekämpfen. Darüber hinaus begrüßen wir die Tatsache, dass für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) eine gemeinsame und kohärente geschlechtsspezifische Klimapolitik von hoher Bedeutung ist.
- Besonders zu begrüßen sind die Bemühungen, Frauen nicht mehr in erster Linie als verletzliche Opfer des Klimawandels wahrzunehmen, sondern sie explizit als "entscheidende Akteurinnen im Kampf gegen die Klimakrise" (AA, S. 20) anzuerkennen und sie als Wissensträgerinnen und Entscheidungsträgerinnen anzusprechen (BMZ, S. 13).
- Wir begrüßen außerdem sehr: 1) die Bemühungen, Geschlechtergerechtigkeit zu einem Leitprinzip zu machen, 2) die Absicht des Auswärtigen Amtes, feministische Leitlinien in die Klimaaußenpolitik^{xi} zu integrieren, und 3) die Zusage des BMZ, die Instrumente der Klimafinanzierung zu verbessern (siehe Abschnitt 4).
- In Anbetracht der Tatsache, dass die Bundesregierung derzeit bei weitem nicht mit vereinter Stimme spricht, sehen wir jedoch diesen großen Schritt nach vorn durch die Uneinigkeit der Ressorts gefährdet.

GenderCC und WECF bitten den Ausschuss, die deutsche Regierung aufzufordern:

- Ihrer Verpflichtung nachzukommen und die neuen Prinzipien als gesamtstaatlichen Ansatz in den anstehenden Haushaltsverhandlungen mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Wir bekräftigen die Warnung internationaler feministischer Akteur*innen, dass die Finanzierung

ausgefallener Leuchtturmprojekte allein nicht ausreicht, um die dringend benötigte Unterstützung für den Aufbau von Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu gewährleisten. Sowohl feministische Klimaaußenpolitik als auch feministische Klimaentwicklungspolitik brauchen eine kohärente Umsetzung und Rückendeckung durch alle Bundesressorts.

3. Extraterritoriale Verpflichtungen, internationale Zusammenarbeit und Mittelzuweisung ^{xii}

- Ressourcengewinnung - auf Kosten lokaler Gemeinschaften und Frauen:
Die hohen Treibhausgasemissionen, die bei der Förderung von Erdöl, beim Fracking von Gas und bei der Raffinierung und Verarbeitung fossiler Ressourcen entstehen, sind sehr schädlich für das Klima. Studien haben gezeigt, dass die abrupte Industrialisierung das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern vertieft und insbesondere Minderheiten in Bezug auf ihre ethnische Herkunft und ihr Geschlecht, die bei diesen Entscheidungen kein Mitspracherecht haben, weiter marginalisiert. Die Errichtung von Anlagen und Einrichtungen zur Gewinnung fossiler Brennstoffe ist häufig mit sexueller Ausbeutung und geschlechtsspezifischer Gewalt verbunden.^{xiii}
Durch die Verschmutzung des Bodens infolge von Ölverschmutzungen und Kohleabbau werden Einnahmequellen vor allem von Frauen und marginalisierten Gruppen, die in der Kleinlandwirtschaft, der Fischerei und/oder im Handel tätig sind, vernichtet. Gesundheitsprobleme entstehen durch Methan- und Kohlendioxidgasemissionen sowie durch krebserregende Rußpartikel. Außerdem zeigen vergleichende Studien, dass Frauen von diesen Veränderungen unverhältnismäßig stark betroffen sind, sei es durch Einkommensverluste, Abwanderung oder ein höheres Maß an Betreuungsarbeit, während zumindest einige Männer neue Arbeitsplätze in der fossilen Brennstoffindustrie finden können.^{xiv}
- Deutschlands wirtschaftliche Interessen - eine Herausforderung für die Menschenrechte von Frauen und Indigenen Völkern:
Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sind die deutschen Steinkohleimporte von Januar bis September 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen: rund 4,8 Millionen Tonnen mehr als im Jahr 2021.^{xv} Die wachsende Nachfrage der EU und insbesondere Deutschlands nach kolumbianischer Kohle stärkt *El Cerrejón*, die größte Kohlemine Lateinamerikas, die im Gebiet der Afro-Descendants und des Indigenen Wayuu-Territoriums liegt.^{xvi} Das Ökosystem war eine Quelle des Wassers und des spirituellen Wohlbefindens für die in diesem Gebiet lebenden Gemeinschaften. Diese Gemeinschaften haben bereits dauerhafte und irreversible Verluste und Schäden an ihren Lebensgrundlagen und Häusern sowie an Kultur und biologischer Vielfalt erlitten, die sich nicht in Geld ausdrücken lassen. Die Ausweitung der Bergbauaktivitäten hat zu einer Umwelt- und Gesundheitskrise geführt. Darüber hinaus sind Indigene Führer*innen und Umweltschützer*innen regelmäßig Einschüchterungen und Anfeindungen ausgesetzt.^{xvii}
- In Kolumbien, aber auch von anderen Kohlelieferanten wie Chile und Südafrika, von denen Deutschland fossile Brennstoffe importiert oder zu importieren beabsichtigt, organisieren sich viele Indigene Frauen vor Ort, um ihre Lebensgrundlagen zu schützen und sich kollektiv gegen Vertreibung, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen zu wehren. Diese lokalen Anführer*innen, sowie Umweltjournalist*innen und

Menschenrechtsverteidiger*innen, darunter viele Frauen, sind besonders anfällig für Bedrohungen, die sich auch gegen ihre Familien richten.^{xviii}

- Die deutsche Regierung muss sich ihrer historischen und aktuellen Verantwortung gegenüber den Regionen stellen, die unter den Folgen der extraktiven Systeme leiden, welche das nicht nachhaltige Energiesystem und die Energienutzung in Deutschland antreiben.

GenderCC und WECF bitten den Ausschuss, die deutsche Regierung zu drängen:

- Ihrer Verpflichtung zu einer Do-no-harm-Politik in der Auslandskooperation nachzukommen, um keine Klima-, Sozial- und/oder Wirtschaftskrise zu verursachen oder zu verschärfen, die in erster Linie die Menschen trifft, die nicht zur Verschlechterung der Ökosysteme, in denen sie leben, beigetragen haben, und die hierarchische Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern vertieft.
- Den Ausstieg aus der fossilen Energie konsequent zu verfolgen und nicht auf Länder des Globalen Südens zu verlagern. Ebenso sollte die Bundesregierung die Länder des Globalen Südens noch intensiver dabei unterstützen, den fossilen Entwicklungspfad zu überspringen und nachhaltige Energiesysteme aufzubauen. Damit würde sie aktiv dem Appell des IPCC folgen, Frauen und alle marginalisierten Gruppen zu stärken, um ihr Wissen in gemeinsamen Anstrengungen zur Erhöhung der Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu nutzen.
- Die Menschenrechte und Frauenrechte von Umweltjournalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, insbesondere von Schwarzen, Indigenen und Women of Colour (BIWoC) in lokalen Gemeinschaften zu schützen und zu stärken und diese Rechte nicht zu gefährden oder sich auch nur indirekt an dieser Spirale der Gewalt zu beteiligen. Deutschland soll seiner jüngsten Verpflichtung nachkommen, eine*n Sonderberichterstatter*in für Umweltschützer*innen einzusetzen, die/der im Rahmen der UNECE Aarhus-Konvention mit dem Mandat ausgestattet ist, spezifische geschlechtsspezifische Belange zu berücksichtigen.
- Die ökologische Sorgfaltspflicht Deutschlands bei allen extraterritorialen Projekten zu überwachen und sicherzustellen, wie es in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte festgelegt wurde.
- Sich an den Verhandlungen für ein verbindliches Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte zu beteiligen und konsequent systematischer Analysen der geschlechtsspezifischen Auswirkungen aller vorgeschlagenen öffentlich-privaten Partnerschaften in allen Bereichen durchzuführen, die Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen, die natürliche Umwelt und/oder das Klima haben können.

4. Geschlechtergerechtigkeit in der Klima-Finanzarchitektur

- Wir begrüßen, dass sich das BMZ zu direkten Finanzinstrumenten für die Stärkung der BIPOC-Gemeinschaften und zur Anwendung feministischer Ansätze für den finanziellen Schutz gegen Klimarisiken im Rahmen des Globalen Schutzschilds gegen Klimarisiken verpflichtet hat.
- Wir begrüßen die Einrichtung eines Fonds für Verluste und Schäden (Loss and Damage Fund - LDF) durch die Vertragsstaatenkonferenz des UNFCCC (COP27) für Nationen und Gemeinschaften, die am stärksten von den Auswirkungen des

Klimawandels betroffen sind. Deutschland muss sich konstruktiv im Übergangsausschuss für die Ausgestaltung des LDF und verbesserte Finanzierungsvereinbarungen zur Bewältigung von Verlusten und Schäden engagieren und seinen angemessenen Beitrag zu diesem und anderen multilateralen Fonds zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen dringend erhöhen. Ihre bilaterale Entwicklungszusammenarbeit und finanzielle Zusammenarbeit sollte in erster Linie in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen und nicht in Form von Darlehen erfolgen. Dies ist notwendig, damit die Länder des Globalen Südens beginnen können, in ihre Sozial- und Gesundheitssysteme zu investieren. Geschieht dies nicht, werden es Frauen sein, die die Hauptlast der Klimakatastrophe und des Zusammenbruchs der Sozialsysteme tragen werden.

- Im Einklang mit den Grundsätzen ihrer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik muss die Bundesregierung das Recht von Frauen auf einen gerechten und direkten Zugang zu einer geschlechtergerechten Klimafinanzierung unterstützen. Die Beteiligung an den Beratungs- und Entscheidungsprozessen im Rahmen der Architektur der Klimafinanzierung, insbesondere der Finanzierungsstrukturen, spielt ebenfalls eine zentrale Rolle.

GenderCC und WECF appellieren an den Ausschuss, die deutsche Regierung zu Folgendem nachdrücklich aufzufordern:

- Deutlich mehr Unterstützung für multilaterale Klimafonds im Rahmen der UNFCCC bereitzustellen, einschließlich der zweiten Aufstockung des multilateralen Grünen Klimafonds (Green Climate Fund), sowie für politische und finanzielle Ansätze, die die Klimafinanzierung direkt an Frauen und marginalisierte Gemeinschaften auf lokaler Ebene weiterleiten ("Enhanced Direct Access").
- Ausweitung und Aufstockung der direkten Unterstützung für Frauen-, Menschenrechts- und feministische Organisationen, die bisher nicht ausreichend von der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) profitieren konnten.
- Proaktive Unterstützung der Weiterentwicklung des UNFCCC-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter (Gender Action Plan), um insbesondere die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Klimawandels und die zahlreichen sich überschneidenden und gegenseitig verstärkenden globalen Krisen zu bewältigen.^{xix}

5. Energiearmut

- Eine*r von vier Europäer*innen^{xx} ist von Energiearmut betroffen. Die Energiearmut hat sich in den letzten Jahren durch geopolitische Kriege noch verschärft. Frauen, die ohnehin überproportional arm sind, sind auch unverhältnismäßig stark von Energiearmut betroffen. Gleichzeitig werden sie bei der Suche nach Lösungen weitgehend außen vorgelassen und werden in den Energieförderprogrammen kaum berücksichtigt.^{xxi}
- Die Ursachen der Energiearmut sind struktureller und systemischer Natur. Energiearmut wird verursacht durch: 1) unzureichende Wohnverhältnisse; 2) Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Lock-ins; und 3) systemische und strukturelle Ungleichheiten. Die

Mehrheit der von Frauen geführten Haushalte ist von diesen Faktoren betroffen; daher ist das Geschlecht eine entscheidende Achse, die bei der Bekämpfung der Energiearmut berücksichtigt werden muss.

- Wir haben darauf hingewiesen, dass die CO₂-Bepreisung Gruppen mit geringeren Einkommen stärker trifft und dass die von Deutschland eingeführten politischen Maßnahmen zur Kompensation dieser höheren Kosten die negativen Auswirkungen auf benachteiligte Gruppen, einschließlich Frauen mit ihren niedrigeren Durchschnittseinkommen aufgrund der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Löhnen und Renten (Gender Pay Gap), nicht abmildern. Infolgedessen sind alleinerziehende Mütter und ältere Frauen besonders häufig von Energiearmut betroffen. ^{xxii}

GenderCC und WECF appellieren an den Ausschuss, die deutsche Regierung zu Folgendem nachdrücklich aufzufordern:

- Den Zugang zu erschwinglicher, sauberer und erneuerbarer Energie als grundlegendes Menschen- und Frauenrecht im Einklang mit Artikel 14 (2) CEDAW zu fördern.
- Für die Zusammenhänge zwischen Geschlecht und Energiearmut zu sensibilisieren, Forschungsarbeiten über die Ursachen von geschlechtsspezifischer Armut und Energiearmut zu finanzieren sowie geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten zu erheben.
- Zu gewährleisten, dass energiepolitische Maßnahmen und Energieeffizienzprogramme in einer geschlechtergerechten Weise umgesetzt werden, um so die Verwirklichung des Rechts auf Energie für alle zu fördern.
- Gezielte Finanzmittel für einkommensschwache, von Frauen geführte Haushalte bereitzustellen, um sie bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen zu unterstützen.

6. Die Innenpolitik bleibt zurück: Verkehr und Mobilität

- Feministische Expert*innen kritisieren überholte Annahmen über das soziale Zusammenleben und stereotype Geschlechterrollen, die selbst den neuesten Stadtplanungskonzepten zugrunde liegen. Besonders deutlich wird dies im Bereich Verkehr und Mobilität: Frauen, die in der Regel die Hauptversorgerinnen in ihren Familien und Nachbarschaften sind, müssen sich in den autogerechten Städten von heute mit vielfältigen Schwierigkeiten auseinandersetzen und überproportional viel Zeit dafür aufwenden. Frauen oder Personen, die Pflegearbeit und Sozialdienstleistungen erbringen, legen in der Regel kürzere Strecken zurück, verbringen aber mehr Zeit in der Stadt, um die verschiedenen Ziele aufzusuchen, die ihre meist informelle Beschäftigung und/oder Pflegearbeit erfordern. ^{xxiii}
- Wir haben die wichtigen Fortschritte in der feministischen Klimapolitik in den Bundesministerien für internationale Angelegenheiten hervorgehoben. Allerdings bleibt die *nationale* Klimapolitik Deutschlands weit hinter den internationalen Ambitionen zurück. Nach ersten Schritten in den letzten Jahren sind derzeit keine feministischen Ansätze in der nationalen Klimapolitik erkennbar. Und entgegen der Aussage des neunten Staatenberichts, dass die zuletzt aktualisierte Fassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) vom März 2021 Genderaspekte berücksichtigt, gehen die DNS und die bekräftigte Position der Bundesregierung

vom November 2022 nicht auf geschlechtsspezifische Diskriminierung und Vulnerabilität gegenüber Umwelt- und Klimagefahren ein.^{xxiv}

- Die deutsche Verkehrspolitik ist ein besonders prominentes Beispiel dafür, wie Klimaschutzziele verfehlt werden und wie Kosten und Nutzen extrem ungleich verteilt sind. Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 29. März 2023^{xxv} verwässern das Nationale Klimaschutzgesetz^{xxvi}, da der Verkehrssektor hinterherhinkt und das zuständige Bundesministerium nicht bereit ist, zusätzliche politische Maßnahmen zu ergreifen, wie es das Gesetz vorsieht. Das wirkt sich nicht nur negativ auf den Klimaschutz aus: Die anhaltende Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs benachteiligt auch insbesondere Frauen, die stark auf öffentliche Verkehrsmittel, Radfahren und Zufußgehen angewiesen sind. Milliarden Euro an Steuergeldern fließen in neue Autobahnen und Steuerbefreiungen für Pendler*innen und Dienstwagen und kommen damit vor allem Männern zugute, während die Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und öffentliche Verkehrsmittel erheblicher Investitionen bedarf.
- Wir, GenderCC und WECF, teilen die Kritik und große Sorge der deutschen Umweltverbände, dass die geplanten Neuregelungen dazu führen werden, dass Deutschland seine Klimaziele verfehlt und den Anstieg der Emissionen durch energieintensive Technologien nur verschleiert. Gleichzeitig fehlen die Mittel, um die notwendigen Investitionen in einen sozial gerechten Ausbau der erneuerbaren Energien und eine nachhaltige Infrastruktur für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu tätigen.

Wir bitten daher den Ausschuss, die deutsche Regierung aufzufordern:

- Ergebnisse der Geschlechterforschung bei der Entwicklung von klimapolitischen Programmen und Maßnahmen zu berücksichtigen sowie die Datenlage zu klimarelevanten Themen in sogenannten geschlechtsneutralen Bereichen und Sektoren (z.B. Ausbau von LNG oder wasserstoffbasierten Kraftstoffen) zu verbessern.
- Geschlechtsspezifische Kompetenz und das Fachwissen im Bereich der Klimapolitik in allen Abteilungen und Ministerien zu stärken, auch unter Hinzuziehung von externem Fachwissen.
- die klimapolitischen Programme im Hinblick auf ihre Auswirkungen zu überprüfen und regelmäßig zu evaluieren und entsprechend zu verbessern, um den sozialen Nutzen und die Gleichstellung der Geschlechter zu maximieren.
- Alle Klimaschutz- und Anpassungsprogramme deutlich stärker auf den gesellschaftlichen und sozialen Wandel auszurichten.

ⁱ In unserer Arbeit und in dieser Erklärung verfolgen wir einen transformativen, intersektionalen Gender-Ansatz. Wir teilen ein nicht-binäres und inklusives Verständnis von Geschlecht, das alle Menschen einschließt, die sich als Frauen und Mädchen definieren.

ⁱⁱ Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC): Klimawandel 2022: Auswirkungen, Anpassung und Verwundbarkeit (www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/)

ⁱⁱⁱ www.gendercc.net/who-are-we/our-vision.html; www.wecf.org/our-work/

^{iv} <https://womengenderclimate.org/>

^v <https://climateactiontracker.org/>

-
- ^{vi} BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 -, Rn. 1-270,
- ^{vii} https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20230328_Koalitionsausschuss.pdf
- ^{viii} <https://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/recommendations/index.html>
- ^{ix} www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf; für Englisch siehe Presseerklärung des Bundesaußenministers: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/baerbock-guidelines-ffp/2586412>.
- ^x www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf; für Englisch siehe Pressemitteilung des Bundesentwicklungsministers: www.bmz.de/en/news/press-releases/development-minister-schulze-presents-feminist-strategy-146512.
- ^{xi} Z.B. Gender Impact Assessments für alle klimapolitischen Maßnahmen, die im GAP gestärkt werden müssen (Alber, Gotelind/Gender CC - Women for climate Justice: Empfehlungen für eine deutsche feministische Außenpolitik im Bereich des Klimawandels, August 2022; <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2586930/6d075a26ce1a87a70cb14498321a8cbc/alber-data.pdf>)
- ^{xii} Siehe CEDAW, Allgemeine Empfehlung Nr. 37, 2018, V: C und D
- ^{xiii} <https://www.mining.com/women-in-mining-still-facing-bullying-discrimination-report>; <https://www.industrial-union.org/womens-involvement-needed-to-stop-gender-based-violence-in-mining> <https://www.ocmal.org/estudios-e-informes/genero/>
- ^{xiv} The World Bank (Hrsg.), 2013: Extracting lessons on gender in the oil and gas sector (<https://documents1.worldbank.org/curated/en/266311468161347063/pdf/798940NWP0280E0Box0379795B00PUBLIC0.pdf>), und WECF (Hrsg.) 2017: Plastics, Gender and the Environment (www.wecf.org/wp-content/uploads/2018/11/PlasticsgenderandtheenvironmentHighRes-min.pdf).
- ^{xv} Aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine (www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Energie/_inhalt.html).
- ^{xvi} www.misereor.de/fileadmin/user_upload/2.Informieren/Energie/Misereor_Policy_Brief_01_2022_Krieg_und_Energiekris_e.pdf
- ^{xvii} Zeugenaussagen indigener Frauen in Kolumbien: <https://news.mongabay.com/2021/12/in-colombia-threatened-women-of-the-wayuu-community-continue-to-fight-rampant-mining/> und Feldbeobachtungen der WECF.
- ^{xviii} Fast 40 % der dokumentierten Gewalt gegen Aktivist*innen der Zivilgesellschaft und lokale Akteur*innen richtet sich gezielt gegen Frauen, um sie und ihre Familien zu demobilisieren. Die Opfer vermuten, dass ihr politisches Engagement unter anderem deshalb bestraft wurde, weil sie durch ihren Aktivismus verschiedene Rollen als sozial ausgegrenzte Personen aufgeben: "Die Verwundbarkeit geht häufig über die Geschlechterdynamik hinaus. Oft geht es darum, wie eine NGO-Vertreterin in Oaxaca, Mexiko betonte, eine Frau, eine Indigene, eine Ausgegrenzte und eine Menschenrechtsverteidigerin zu sein" (Terwindt/Schliemann (2017): "Tricky Business: Space for Civil Society in Natural Resource Struggles", Heinrich-Böll-Stiftung, European Center for Institutional and Human Rights (Hrsg.), S. 8; https://www.boell.de/en/2017/12/07/tricky-business?dimension1=division_demo).
- ^{xix} Schalatek, Liane, 2021: Core Steps to Increase Quality and Quantity of Gender-Responsive Climate Finance, Expert Paper for UN Women Expert Group Meeting 'Achieving gender equality and the empowerment of all women and girls in the context of climate change, environmental and disaster risk reduction policies and programmes' 11 - 14 October 2021 (https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/CSW/66/EGM/Expert%20Papers/Liane%20SCHALATEK_CSW66%20Expert%20Paper.pdf). Siehe auch: www.boell.de/en/2022/03/11/climate-mitigation-and-adaptation-requires-gender-responsive-financing
- ^{xx} <https://righttoenergy.org/about-energy-poverty/>
- ^{xxi} EmpowerMed (2020): Bericht über geschlechtsspezifische Aspekte bestehender Finanzierungssysteme für Armutsmaßnahmen (www.empowermed.eu/resource/report-on-gender-aspects-of-existing-financial-schemes-for-energy-poverty-measures/)
- ^{xxii} Röhr, Ulrike (2021): Carbon Pricing aus feministischer Perspektive (www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Klima/Carbon_pricing-Genderanalysis_en.pdf)
- ^{xxiii} EEB und WECF (2021): Why the European Green Deal Needs Ecofeminism, S. 109 ff.; und Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), 2022: Feministische Perspektiven einer geschlechtergerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung (www.boell.de/sites/default/files/2023-01/inbrief_urbanisation_en.pdf)
- ^{xxiv} <https://www.wecf.org/de/blinder-fleck-gleichstellung>
- ^{xxv} https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20230328_Koalitionsausschuss.pdf
- ^{xxvi} <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>